N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 4

Jugendhilfeausschuss

am 02.09.2008

Ev. Kindertageseinrichtung "Alter Bahnhof" Lenningsen

Beginn 16:10 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Ursula Erdelkamp
Ursula Lindstedt
Theodor Rieke
Manuela Veit
Claudia Gebhard
Norbert Kläsgen
Ursula Sopora
Barbara Streich
Leo Klempert

sachkundige Bürger

Franz-Josef Chrosnik
Johannes Hermann
Livia Nickel
Rosemarie Böhme

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Christel Hauske
Jörg Hüchtmann
Astrid Partmann
Werner Heseler

Von der Verwaltung	Gäste- und Zuhörer/innen
Herr Hahn, Dez. IV	Vertreter der lokalen Presse
Herr Rebbe, L FB 51	Frau Firsov, Leiterin der Kindertageseinrichtung
Herr Bergmann, FB 51	„Alter Bahnhof Lenningsen“
Herr Steiner, FB 51	Frau Kleineweischede, Ev. Kirchengemeinde Bönen
Frau Nebling, FB 51	Weitere Angehörige des FB 51
Herr Forthaus, FB 40 (ab 16.45 Uhr)	
Herr Vertgewall, Schriftführer	

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Vorstellung des Familienzentrums „Alter Bahnhof Lenningsen“ in Bönen

Punkt 2

Besuchsdienst für Eltern Neugeborener, Vorstellung der Fachkraft und des Elternbegleitbuches
- mündlicher Bericht der Verwaltung

Punkt 3

126/08
Alternative ergängende Formen von Hilfen zur Erziehung in Tageseinrichtungen

Punkt 4

131/08
Änderung der Satzung des Jugendamtes

Punkt 5

128/08
Freiwillige Betriebskostenzuschüsse an Kindertageseinrichtungen in Bönen, Fröndenberg und Holzwickede

Punkt 6

Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zum 01.08.2008 – aktueller Stand
- mündlicher Bericht der Verwaltung

Punkt 7

125/08

Ausbau von Plätzen für Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege; Investitionszuwendungen

Punkt 8

Ergebnisse der Sprachstandsfeststellung

- mündlicher Bericht von Herrn Schulamtsdirektor Forthaus

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Vorstellung des Familienzentrums „Alter Bahnhof Lenningsen“ in Bönen

Erörterung

Die Kindertageseinrichtung „Alter Bahnhof Lenningsen“ wird anhand einer kurzen Präsentation von der Leiterin, Frau Firsov, und der Vertreterin der ev. Kirchengemeinde Bönen, Frau Kleineweischede, vorgestellt (als **Anlage 1** dieser Niederschrift beigefügt). Dabei wird insbesondere Bezug auf die speziellen Angebote genommen, die von dem Familienzentrum vorgehalten werden, und auf die Bedeutung der jeweiligen Kooperationspartner hingewiesen.

Herr Rieke bedankt sich im Namen des Jugendhilfeausschusses für den Vortrag und auch noch einmal für die freundliche Einladung zu der heutigen Sitzung.

Punkt 2

Besuchsdienst für Eltern Neugeborener, Vorstellung der Fachkraft und des Elternbegleitbuches

- mündlicher Bericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Rieke weist zu Beginn der Erörterung des Tagesordnungspunktes darauf hin, dass nun nach Regelung der Haushaltsangelegenheiten endlich mit der Verteilung des Elternbegleitbuches begonnen werden könne.

Der Presse sei das Heft bereits heute Mittag vorgestellt worden und auch den Ausschussmitgliedern liege nun jeweils ein Exemplar vor.

Herr Hahn teilt im Anschluss mit, dass er froh sei, nun ein sehr ausgewogenes Produkt präsentieren zu können, und geht auch noch einmal kurz rückblickend auf die einzelnen Verfahrensschritte im Jugendhilfeausschuss ein. Die Konzeption, die mit den Kommunen abgestimmt worden sei, stelle aus seiner Sicht eine gelunge Kombination von Hilfestellungen aus den Bereichen Erziehung und Gesundheit dar. Durch ein breit gefächertes Informationsangebot biete die Broschüre eine sinnvolle Unterstützung für die Eltern der Neugeborenen. Durch informierte Eltern sehe er die Chance, so der Dezernent, zukünftig auch weniger Problemkinder zu haben. Zunächst seien 600 Exemplare des Elternbegleitbuches gedruckt worden. Die Kosten hierfür beliefen sich auf etwa 6.500 €. Damit sei es gelungen, eine qualitativ hochwertige Ausführung für einen sehr günstigen Preis zu erhalten. Verbunden mit dem Besuch einer Fachkraft werde das Heft nun den Eltern vorgestellt und der Inhalt erläutert. Diese Aufgabe werde die erfahrene Diplom-Sozialarbeiterin Ulrike Schulze-Altcappenberg aus dem Fachbereich 51 übernehmen. Für Eltern mit Migrationshintergrund (vornehmlich türkischer Herkunft) werde man die wichtigsten Passagen auch in türkischer Übersetzung ausweisen.

Das Elternbegleitbuch sei bekanntlich ein wesentlicher Bestandteil des Gesamtkonzepts „Frühe Hilfen“, so die Anmerkung von Herrn Rebbe. Die darin enthaltenen Informationen werden kontinuierlich aktualisiert und jährlich fortgeschrieben. Mit der Verteilung werde nun bei den Eltern begonnen, deren Kinder im August diesen Jahres geboren wurden.

Auf Nachfrage von Frau Hauske teilen sowohl Herr Hahn als auch Herr Rebbe mit, dass ein Besuchstermin im Vorfeld vereinbart werde. Es handele sich definitiv nicht um eine Kontrolle der Eltern, sondern stelle ausschließlich ein Unterstützungsangebot dar.

Frau Streich erklärt, dass sie es sehr begrüße, dass das Buch nun vorliege. Anregen wolle sie, dass man zukünftig vielleicht auch Bilder von Kindern mit Migrationshintergrund in die Broschüre einfügen könnte, um dadurch möglicherweise eine entsprechende Akzeptanz zu fördern.

Orientiert habe man sich an bereits vorliegenden Ausführungen anderer Verwaltungen (z.B. Dormagener Modell), wenngleich natürlich Modifizierungen durchgeführt und rechtliche Fragen im Vorfeld geklärt werden mussten, so die abschließende Anmerkung von Herrn Rebbe.

Punkt 3

126/08

Alternative ergängende Formen von Hilfen zur Erziehung in Tageseinrichtungen

Erörterung

Herr Rieke teilt einleitend mit, dass die Sitzungsvorlage auf eine Anfrage von Frau Sopora aus der letzten Ausschusssitzung Bezug nehme.

Über die Hintergründe der Thematik berichtet Herr Rebbe im Anschluss ausführlich und weist hierzu auch auf die Begründung der Sitzungsvorlage hin. Ein solches Angebot der Kindertageseinrichtungen spiele sehr häufig eine ganz wichtige Rolle in einem Stadtteil bzw. Sozialraum.

Der Fachbereichsleiter beantwortet im Anschluss an seinen Bericht noch Fragen der Ausschussmitglieder. In dem Zusammenhang weist Herr Steiner noch einmal kurz darauf hin, dass es sich überwiegend um Kinder mit einem besonderen Betreuungsbedarf handele, denen man in einem ihnen bekannten Umfeld notwendige Entwicklungsmöglichkeiten gebe.

Der Bericht der Verwaltung wird von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

131/08

Änderung der Satzung des Jugendamtes

Erörterung

Herr Rieke teilt mit, dass die Änderung der Satzung des Jugendamtes aufgrund gesetzlicher Änderungen notwendig geworden sei, die man hier nun aufgenommen habe.

Für die CDU-Fraktion teilt Frau Sopora mit, dass man gegen die Satzungsänderung keine Bedenken habe, aber darum bitte, **§ 3 Absatz 3 Satz 1** (Aufgaben) der Neufassung der Satzung in der Formulierung wie folgt abzuändern:

„Das Jugendamt (~~bemüht sich um eine enge Zusammenarbeit~~) **arbeitet eng zusammen** mit den Trägern der freien Jugendhilfe und allen behördlichen Stellen, die sich mit Angelegenheiten der Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen sowie der Familie befassen."

Der Jugendhilfeausschuss kommt der Bitte nach und fasst folgenden

Beschluss

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Die in der als Anlage 1 beigefügten Synopse dargestellte Neufassung der Satzung für das Jugendamt des Kreises Unna wird unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderung beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

128/08

Freiwillige Betriebskostenzuschüsse an Kindertageseinrichtungen in Bönen, Fröndenberg und Holzwickede

Erörterung

Herr Rieke geht kurz auf den Inhalt der Sitzungsvorlage Nr. 128/08 ein.

Im Anschluss erklärt Herr Hahn, dass er in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Problematik bereits in Ansätzen dargelegt habe. Während auf Landesebene die gesetzlichen Regelungen auch von den kirchlichen Trägern akzeptiert worden seien, sehe die Situation vor Ort, mit der sich die 8 Jugendämter im Kreis Unna befassen müssten, anders aus. Die Vertreter der kirchlichen Träger teilten in einem gemeinsamen Antrag mit, dass die gesetzliche Finanzierung nicht auskömmlich sei und man um die Übernahme eines freiwilligen Anteils durch das Jugendamt in Höhe von 4 % bitte. Der Dezernent erinnert daran, dass im Zusammenhang mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz teilweise Sonderverträge mit den kirchlichen Trägern geschlossen worden seien, um dem Elternwunsch gerecht werden zu können. Mit dem Kinderbildungsgesetz seien diese Verträge alle gekündigt worden. Nun stehe man vor der soeben geschilderten Situation. Wenn an der gesetzlichen Betriebskostenbezuschussung in Höhe von 88% festgehalten werde, gehe man von kirchlicher Seite von einem Defizit in Höhe von rund 100.000 € aus. In einem Gespräch mit einigen Jugendämtern im Kreis Unna sei das Thema dann noch einmal in kleinerer Runde erörtert worden. Demnach seien in den Kommunen verschiedene Regelungen getroffen worden, so dass eine kreisweit einheitliche Linie offensichtlich nicht zu realisieren sei. Unter Berücksichtigung der aktuellen Lage sei dann der Verwaltungsvorschlag in Form dieser Sitzungsvorlage (Übernahme von 3 %) erarbeitet worden. Er wolle zum Abschluss seiner Ausführungen betonen, so Herr Hahn, dass es beispielsweise auch für die weitere Entwicklung im Bereich der U3-Betreuung notwendig sei, verlässliche Partner, wie z. B. die Kirchen, an seiner Seite zu haben.

Herr Rieke nimmt zu der Thematik Stellung und erklärt, dass man sich hier in einer Zwickmühle befinde. Es sei sicherlich nicht die Absicht der Kirchen, die Kinderbetreuung aufzugeben. Er sehe aber auch, dass über die Bezuschussung geredet werden müsse. Da diese Sache der differenzierten Kreisumlage zufalle, müsse unbedingt versucht werden, ein einheitliches Votum der drei jugendamtszugehörigen Kommunen zu erreichen. Dieses liege bislang nicht vor. Mit Rücksichtnahme auf die unterschiedlichen Haushaltssituationen wolle er vorschlagen, einen Teil der Angelegenheit in die Haushaltsberatungen zu schieben. Eine Kompromisslinie wäre, zunächst einen Vertrag abzuschließen, der eine zweiprozentige Übernahme der Betriebskosten zusichere, und dann im Dezember die Diskussion über die mögliche Deckung des dritten Prozentpunktes zu führen.

Auf Nachfrage von Herrn Kläsgen erklärt Herr Hahn, dass den kirchlichen Trägern zwar in Aussicht gestellt worden sei, dass es aus Sicht der Verwaltung zu einer dreiprozentigen Übernahme der Betriebskostenbezuschussung kommen könnte, ein politischer Beschluss hierfür jedoch zwingend notwendig sei.

Frau Sopora teilt mit, dass man zwar als Jugendhilfeausschuss nicht weisungsgebunden sei, selbstverständlich sehe sie es aber als geboten an, Gespräche und Diskussionen in den jeweiligen Kommunen zu führen. Insofern könne man aufgrund der neuen Situation zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich nicht darüber abstimmen.

Als Vertreter der Stadt Fröndenberg erklärt der Fachbereichsleiter, Herr Heseler, dass er diese Auffassung teile. Ohne ein Votum der Räte oder auch Fachausschüsse vor Ort sei eine Entscheidung nur schwer zu fassen.

Herr Hahn geht daraufhin noch einmal auf Nachfragen der Ausschussmitglieder konkret ein und weist in dem Zusammenhang auch erneut auf die Hintergründe der unterschiedlichen Handhabungen bei den jeweiligen Trägern hin. Ihm liege es jetzt eigentlich daran, eine politische Entscheidung - egal in welche Richtung gehend - mitzunehmen, um den Kirchen ein Signal zu geben, mit dem diese verlässlich arbeiten können. Der Jugendhilfeausschuss sei durchaus autorisiert, eine solche Entscheidung zu treffen.

Sie könne sich gut vorstellen, so Frau Streich, dem Vorschlag des Vorsitzenden zu folgen. Anhand dieser Vorlage bzw. den damit direkt verbundenen Folgen sei wieder einmal ersichtlich, dass das Land die anfallenden Kosten auf die Kreise und Kommunen abschiebe. Dringend notwendig sei aber genau das Gegenteil, nämlich eine finanzielle Entlastung.

Für die genaue Analyse der Situation wäre es einfacher, wenn die konkreten Zahlen vorliegen würden, so der Hinweis von Frau Sopora. Der CDU-Fraktion gehe es im Wesentlichen auch darum, den Beteiligten Planungssicherheit zu geben. Dabei dürfe man die gute Arbeit der Träger nicht ausser Acht lassen. Ihm wäre wesentlich wohler, so die Ergänzung von Herrn Kläsgen, wenn die dreiprozentige Lösung so bald wie möglich beschlossen werden könnte. Mehrkosten würden für die Kommunen so oder so anfallen.

Herr Chrosnik meldet sich zu Wort und teilt mit, dass er den bisherigen Wortbeiträgen entnommen habe, dass man mit der Kooperation zwischen der Verwaltung und den kirchlichen Trägern bislang sehr zufrieden gewesen sei. Zudem sei dargelegt worden, dass auch die finanziellen Probleme durchaus nachvollziehbar seien. Wenn dem doch so sei, dann spreche aus seiner Sicht auch nichts dagegen, dem Verwaltungsvorschlag entsprechend der Vorlage zu folgen.

Ziel müsse sein, einen Kompromiss zu finden, der sowohl von den Kirchen als auch von den Kommunen getragen werden könne, so noch einmal Herr Rieke.

Zum Abschluss der langen und intensiven Diskussion verständigt sich der Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag von Herrn Kläsgen darauf, kurzfristig eine weitere Sitzung des Ausschusses durchzuführen. In Rücksprache mit der Geschäftsstelle des Kreistages soll diese unmittelbar nach Ende der Herbstferien durchgeführt werden. Bis dahin gebe es dann die Möglichkeit, notwendige Gespräche mit den Kommunen zu führen und ggf. Entscheidungen herbeizuführen, so Herr Hahn. Auf Bitten von Frau Sopora verständigt man sich zudem darauf, genaue Zahlen für die Diskussion vor Ort zur Verfügung zu stellen.

Punkt 6

Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zum 01.08.2008 – aktueller Stand
- mündlicher Bericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Rebbe berichtet, dass auf Grundlage des KiBiz die U3-Betreuung nach vorne gebracht werden konnte. Während im vergangenen Jahr 35 Plätze zur Verfügung gestanden hätten, liege die Zahl nunmehr bei 115, was einer Ausbaustufe von etwa 10% entspreche. Unter Hinweis auf das voraussichtlich noch in diesem Jahr zur Verabschiedung anstehende Kinderförderungsgesetz (KiFöG) wolle er anmerken, so der Fachbereichsleiter, dass es dann ab dem Jahr 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Alter zwischen eins und sechs geben werde. Folglich müsse kräftig weiter am Ausbau der U3-Betreuung gearbeitet werden. Deutlich müsse in dem Zusammenhang aber auch gemacht werden, dass hiermit Kosten verbunden seien, die sich natürlich auch auf den Haushalt niederschlagen. Das KiBiz bzw. dessen Umsetzung habe den Fachbereich sehr viel Kraft gekostet. Im Dialog und im Einvernehmen mit den Einrichtungen seien aber immer wieder gute und sinnvolle Lösungen erarbeitet worden.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

125/08

Ausbau von Plätzen für Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege; Investitionszuwendungen

Erörterung

Herr Rebbe geht kurz auf die Investitionszuwendungen ein und weist hierzu auf den Inhalt der Sitzungsvorlage hin. Die Bundesregierung habe für den schrittweisen Ausbau der U3-Betreuung einen Betrag in Höhe von rd. 2,3 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, der im wesentlichen für die Investitionskosten Verwendung finden solle. Derzeit sei es so, dass die Träger im Rahmen dieses neu aufgelegten Förderprogrammes Zuwendungen beantragten. Wenn es zum Rechtsanspruch auf einen U3-Platz komme, dann müsse man alleine im Bereich des Kreisjugendamtes etwa 400 - 450 Plätze für einen Jahrgang vorhalten. Dieses sei dann ein Muss. Um die sich aus den gesetzlichen Regelungen ergebenden Ausbaustufen erreichen zu können, sei man auf die freien Träger als Kooperationspartner angewiesen. Er gehe zudem davon aus, dass es sich momentan um einen ersten Aufschlag handele und in den kommenden Jahren sicherlich mit weiteren Anträgen zu rechnen sei. Um dann zwischen den Ausschusssitzungen flexibel agieren zu können, schlage die Verwaltung vor, über weitere bzw. modifizierte Anträge zukünftig in dringenden Fällen per Umlaufbeschluss zu entscheiden.

Frau Gebhard merkt an, dass eine Einigung über die Betriebskostenfinanzierung nicht möglich sei, über Investitionen, die dann wieder Betriebskosten nach sich ziehen würden, aber geredet werde. Sie wisse zwar nicht, ob man sich angesichts des vorgesehenen Rechtsanspruches hetzen lassen müsse, aber irgendwie

passe das alles nicht so ganz zusammen.

Herr Rieke weist vor der Beschlussfassung darauf hin, dass der Beschlussvorschlag um den Hinweis von Herrn Rebbe zur Fassung von Umlaufbeschlüssen erweitert werden soll. Der Jugendhilfeausschuss trifft nachstehenden

Beschluss

Den in der Sitzungsvorlage dargestellten Förderanträgen für die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter 3 Jahren wird zugestimmt. Der fehlende Anteil an der Gesamtfinanzierung (10%) ist durch den jeweiligen Träger aufzubringen. Über weitere und modifizierte Anträge soll im Rahmen eines Umlaufbeschlusses entschieden werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (bei zwei Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Punkt 8

Ergebnisse der Sprachstandsfeststellung
- mündlicher Bericht von Herrn Schulamtsdirektor Forthaus

Erörterung

Nach kurzer Einleitung von Herrn Rieke berichtet Herr Schulamtsdirektor Forthaus über die Ergebnisse der Sprachstandsfeststellung. Der Zahlenspiegel ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Festgehalten werden könne, dass die Zahl der Kinder in 2008 wesentlich geringer gewesen sei, als es im Vorjahr der Fall gewesen sei (470 zu 600 Kinder). Der zu verzeichnende Rückgang in den drei jugendamtszugehörigen Kommunen sei dabei höher als im sonstigen Kreisgebiet (etwa 20% zu 14%). In der Gemeinde Bönen seien 159 Kinder erfasst gewesen, von denen 60% keinen Bedarf und 40% einen Förderbedarf hätten. In Fröndenberg gehe es um 184 Kinder. Davon sei bei 25% ein Förderbedarf festgestellt worden. Dieser betrage in Holzwickede insgesamt 19% - bei 121 Kindern. Kreisweit hätten etwa 27% der Kinder einen Sprachförderbedarf. Insgesamt habe die Anzahl im Vergleich zum Vorjahr signifikant zugenommen. Er warne aber davor, so Herr Forthaus, die Zahlen direkt miteinander zu vergleichen, da das Testverfahren nach dem ersten Durchgang noch einmal verändert worden sei.

Der Schulamtsdirektor geht im Anschluss auf Fragen der Ausschussmitglieder ein. Herr Rebbe ergänzt abschließend, dass die Sprachförderung in der Kindertageseinrichtung erfolge und für jedes Kind ein Betrag in Höhe von 340 € zur Verfügung gestellt werde. Im Jugendamtsbezirk betrage die Gesamtsumme hierfür derzeit 81.940 €.

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Ärztliche und zahnärztliche Untersuchung von Kindern in Tageseinrichtungen

Herr Hahn erklärt, dass die Jugendämter nach dem KiBiz die ärztliche und zahnärztliche Untersuchung von Kindern in Kindertageseinrichtungen durchzuführen hätten. Der Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz habe nun den ersten Vertrag mit dem kreiseigenen Jugendamt abgeschlossen, diese Untersuchungen sicherzustellen. Dieses Angebot habe man allen Jugendämtern im Kreis Unna unterbreitet – bislang jedoch ohne große Resonanz.

2. Wirtschaftlichkeitsprüfung des Fachbereiches 51 - Familie und Jugend -

Herr Hahn weist einleitend auf die Untersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hin, der sich die Fachbereiche des Kreises Unna bereits vor einiger Zeit unterzogen hätten. Am 18.08.2008 habe es eine Besprechung mit den Bürgermeistern von Bönen, Fröndenberg und Holzwickede gegeben, mit dem Ergebnis, den Fachbereich Familie und Jugend Ende des zweiten Quartals 2009 einer erneuten Wirtschaftlichkeitsprüfung zu unterziehen. Dann wolle man sehen, was aus dem geworden sei, was die GPA seinerzeit an Anregungen und Anmerkungen gegeben habe. Der besondere Wunsch der Bürgermeister liege darin, die Tätigkeit des Fachbereiches auch hinsichtlich der örtlichen Präsenz zu überprüfen. Derzeit warte er auf das Angebot der GPA, welches schätzungsweise bei einigen Tausend Euro liegen werde. Diese Angelegenheit werde man aber auch in die Haushaltsberatungen einbringen.

3. AWO-Kita „Auf dem Mühlenberg“ in Fröndenberg, Einbruch und Brandschaden

Herr Rebbe informiert darüber, dass in die AWO-Kita „Auf dem Mühlenberg“ in Fröndenberg am Ende der Ferien eingebrochen worden sei. Vermutlich durch eine weggeworfene Zigarette habe sich ein Schwelbrand entwickelt. Folge dessen sei, dass die Einrichtung wohl für mindestens ein halbes Jahr nicht besucht werden könne. Gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Fröndenberg und dem Netzwerk „Mühlenberg“ habe man nun eine Übergangslösung gefunden. Eine Gruppe werde derzeit im Bürgerzentrum untergebracht und vorübergehend seien auch Kinder in der AWO-Einrichtung „am Hirschberg“ untergekommen. Durch die Unterstützung einer Wohnungsbaugesellschaft seien zudem zwei Wohnungen für den Kita-Betrieb hergerichtet und bereitgestellt worden.

4. Veranstaltungshinweise

Herr Rebbe weist darauf hin, dass am 04.09.2008 der Präsentationstag der Kindertageseinrichtungen und Familienzentren in Fröndenberg auf dem Marktplatz stattfinde. Anmerken wolle er an dieser Stelle, dass die in Mitleidenschaft gezogenen AWO-Kita bekanntlich auch auf dem besten Wege war, als Familienzentrum ausgezeichnet zu werden. Diese Bemühungen seien natürlich jetzt erst einmal in den Hintergrund gerückt.

Weiterhin gibt Herr Steiner den Hinweis, dass am 09.09.2008 zwischen 17 und 21 Uhr eine Gemeinschaftsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft gegen sexuelle Misshandlung und des Vereins ProSicherheit zum Thema „Kennen wir noch die Medienwelt unserer Kinder – Wertewandel oder Provokation

und Grenzverletzung“ auf dem Programm stehe. Angesprochen seien insbesondere Schulen und Einrichtungen, die vorrangig mit Kindern im Alter von 9-12 Jahren in Verbindung stünden.

Zu beiden Veranstaltungen seien natürlich auch alle Ausschussmitglieder herzlich eingeladen.

5. Förderprogramm aus dem europäischen Sozialfond – Einrichtung von Betreuungsgruppen in Unternehmen – Anfrage der CDU-Fraktion

Frau Sopora weist auf ein seit Februar 2008 existierendes Förderprogramm aus dem europäischen Sozialfond hin, das sich an Unternehmen mit bis zu 1.000 Beschäftigten wende, mit dem Ziel, zusätzliche Kita-Einrichtungen oder Betreuungsgruppen für Kinder der Belegschaft (bis zum vollendeten dritten Lebensjahr) einzurichten. Frage in dem Zusammenhang sei nun, ob dieses in Betracht gezogen worden sei, oder ob man von Seiten der Verwaltung bereits Gespräche geführt habe. Hierzu teilt Herr Rebbe mit, dass man sich in Gesprächen mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft befinde. Zwar stelle sich die Situation schwierig dar, man bleibe aber in der Sache am Ball.

Weitere Mitteilungen oder Anfragen im öffentlichen Teil ergeben sich nicht.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung: 18.00 Uhr

Anlage

1. Präsentation der Kindertageseinrichtung „Alter Bahnhof Lenningsen“
2. Sprachstandsfeststellung – Zahlenspiegel

Rieke	Vertgewall
Vorsitzender	Schriftführer